

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/161

Bonn, den 25. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	100 Jahre Sozialistische Internationale Eine Idee setzt sich durch Zur Gedenkwoche in Brüssel vom 31. August bis 5. September 1964	111
3	<u>Zwischenakt in Südvietnam</u> Nach dem Sturz Khanh	20
4	<u>Glosse:</u> Gebremste Schleichwerbung Leichter Witzel um verhinderte Adenauer-Sendung	21
4	<u>Unwissenheit oder Fälschung?</u> Merkwürdige Berichterstattung einer deutschen Welt-Zeitung	20
5 - 7	<u>Vor 25 Jahren - Der Weg zum Krieg (III)</u> Die Sprachregelungen der Reichsregierung vor Kriegsbeginn 1939 Aus eigenem Erleben und auf der Grundlage von authentischen Material dargestellt von Fritz Säger, MdB	107
7	<u>herausgegriffen</u> "Strauß über sich selbst" Überreicht vom Presseattaché der Bundesrepublik in Bern	20

100 Jahre Sozialistische Internationale

Eine Idee setzt sich durch

Zur Gedenkwoche in Brüssel vom 30. August bis 5. September 1964

G.M. - Vor 100 Jahren - am 28. September 1864 - wurde in London die "Sozialistische Internationale" gegründet, die sich ursprünglich "Internationale Arbeiter-Assoziation" nannte. In den von Karl Marx verfaßten "Allgemeinen Statuten" dieser ersten "Arbeiter Internationale" wird gesagt,

- * "daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr - der
- * "Assoziation" - anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sitt-
- * lichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinan-
- * der und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben
- * oder Nationalität",

Ziel des Zusammenschlusses war und ist es bis zum heutigen Tage, "ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität" die soziale Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern, dies aber nicht nur in dem Sinne zu tun, daß man "Not lindert", sondern den U r s a c h e n von Not und Elend auf den Grund geht und durch Beseitigung dieser U r s a c h e n der Gerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens zum Durchbruch verhilft.

* * *

Die Idee, "ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität" den Fortschritt der Menschheit zu dienen, war auch damals nicht neu. Aber es war das erste Mal, daß sich Männer, Frauen und politische Gruppen zusammenschlossen, um jenseits nationalstaatlichen Denkens das Elend nicht nur festzustellen und zu bedauern, sondern um Methoden zu entwickeln, mit deren Hilfe "die Wurzel des Übels" ausgerissen werden konnte.

Gegen diesen Gedanken stemmten sich damals alle Kräfte, die von sich selbst als den "von Gott Gewollten und Berufenen" sprachen. Man nannte die Gründer der "Sozialistischen Internationale" - je nach Bedarf - entweder Utopisten, Vaterlandsverräter, gottlose Gesellen oder gab ihnen noch schlimmere Bezeichnungen. In j e d e m Land wurden sie verfolgt, der Jugend j e d e s Landes wurden ihre Ziele und sie selbst als verabscheuungswürdig dargestellt. Militär und Polizei - die ganze Staatsapparatur eines jeden Landes wurde gegen sie eingesetzt. Von den Kanzeln wurde gegen sie gepredigt, in den Zeitungen wurden sie beschimpft oder karikiert. Gefängnis, Landesverweis und Aussperrung aus den Betrieben waren die Mittel, mit denen die damals herrschenden, um ihre Macht bangenden, gesellschaftlichen und politischen Kräfte den "Ungeist der Zeit" vertreiben wollten.

Der internationale demokratische Sozialismus wurde, über Niederlagen und Enttäuschungen hinweg, zur Hoffnung von Millionen Menschen. Er wurde zur Initialzündung alles dessen, was sich völkerverbindend, ausgleichend, international und friedliebend nennt. Es gibt heute in der zivilisierten Welt keine ernstzunehmende politische oder gesellschaftliche Gruppe, die nicht "ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder

Nationalität" ihren Wirkungsbereich im Leben der Nationen zu behaupten sucht. Ja, sie können sich gar nicht behaupten, wenn sie nicht den Grundsatz anerkennen wollte, daß Not und Elend, Völkerhaß und Krieg, Rassenwahn und ideologische Engstirnigkeit einer Welt der Vergangenheit angehören.

Natürlich klafft zwischen der Anerkennung eines Prinzips und der Praxis des täglichen Handelns oft genug ein tiefer Abgrund. Das ist menschlich. Aber aus der Ablehnung des Prinzips ist im Laufe des Jahrhunderts zunächst das - bewußt oder unbewußt - Verstehen geworden, und es wird aus diesem Verstehen auch das Handeln werden.

* *

Die Sozialistische Internationale wird anlässlich der Feierstunde des 100-jährigen Bestehens in Brüssel jedoch nicht nur des hinter ihr liegenden Weges gedenken. Sie wird auch jetzt, in einer sich immer schneller wandelnden Welt, ihren Beitrag zur Überwindung geistiger und materieller Mißstände leisten. Dort, wo Sozialdemokraten schon seit Jahren die politische Verantwortung tragen, wird man auf das Beispiel der Tat verweisen. Dort, wo Sozialdemokraten noch nicht so stark sind, daß sie an den Regierungen teilhaben, wird man den Völkern erneut sagen, welche Ungerechtigkeiten es heute und morgen zu beseitigen gilt. Und dort, wo immer noch Verblendung und Dogmen Unheil anrichten, wird man - wie vor hundert Jahren! - laut verkünden, wie die Welt sein könnte, wenn immer mehr Menschen ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität ihren Anspruch auf ein Leben ohne Furcht vor Hunger und Krieg anmelden.

* *

Die Sozialistische Internationale zählt jetzt 30 sozialdemokratische Parteien als Mitglieder. Dazu kommen noch 13 Exilparteien, das heißt, die Vertretungen von sozialdemokratischen Organisationen, die in ihren Heimatländern verboten sind. Asien, Lateinamerika und Afrika sind mit 14 Parteien vertreten, die jedoch als assoziierte Mitglieder gelten. Ausserdem nehmen an den Kongressen der Sozialistischen Internationale drei Vertreter von Organisationen als Beobachter teil. Hierbei handelt es sich um die Repräsentanten von politischen Gruppen, die sich in ihren Heimatländern noch nicht als Parteien etablieren wollten oder könnten.

Eine Übersicht aus dem Jahre 1962 ergibt, daß die der Sozialistischen Internationale angeschlossenen sozialdemokratischen Parteien insgesamt elf Millionen Mitglieder zählen. Sie repräsentieren 65 Millionen Wähler. Das ist die größte demokratische Repräsentanz der politischen Parteien der Welt.

Im vergangenen Jahr wurde der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, einstimmig zum Präsidenten der Internationale gewählt. Der Tod Erich Ollenhauers im Dezember 1963 war ein schwerer Verlust für die Internationale, die in der kommenden Woche in Brüssel einen neuen Präsidenten wählen wird.

Auf dem Kongreß in Brüssel wird Professor Carlo Schmid, SPD-Präsident und Mitglied und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, die Festrede halten. Die Wahl des neuen Präsidenten der Internationale erfolgt

25. August 1964

in der Generalratskonferenz. Den Abschluß der 100-Jahrfeier wird eine große Demonstration bilden.

Die Feierstunde, vom 5. September, der die Eröffnung einer historischen Ausstellung vorausgeht, wird im Brüsseler Palais des Beaux Arts abgehalten werden. Sämtliche übrigen Konferenzen und Sitzungen sind in das Gebäude der belgischen Sozialistischen Partei gelegt worden. Im Rahmen der Generalratskonferenz werden u.a. folgende Referate gehalten werden: SPD-Vorsitzender Willy Brandt über Ost-Westbeziehungen, Dänemarks Ausserminister Haekkerup über "Friedenssichernde Einrichtungen der UNO", der Innenminister und Generalsekretär der Sozialisten Madagaskars, Resampa, über "Menschliche Rechte und demokratischer Sozialismus" und Österreichs Ausserminister Dr. Kreisky über die "Kennedy-Runde".

Aus der Reihe der Sonderkonferenzen seien noch die Sitzungen des Frauen-Komitees, des ständigen Ausschusses für Entwicklungshilfe und des Kontaktkomitees der EWG-Staaten erwähnt;

Die SPD wird bei der Brüsseler 100-Jahrfeier durch ihren Vorsitzenden Willy Brandt, den stellvertretenden Vorsitzenden Wehner, ihre Präsidialmitglieder Professor Carlo Schmid, Alfred Nau und Marta Schausenbach, ihr Vorstandsmitglied Käthe Strobel und ihren Auslandssekretär Dingels vertreten sein.

+ + +

Zwischenakt in Südvietnam

Nach dem Sturz Khanh's

sp - Der Rücktritt des südvietnamesischen Regierungschefs, General Khanh, kam nicht überraschend. Der General mußte dem Druck von Massendemonstrationen weichen, die gleichermaßen von Studenten und Buddhisten organisiert worden waren und das Land beunruhigten. Diese politisch sehr aktiven Gruppen glauben, daß Khanh im Begriffe war, eine brutale Militärdiktatur zu errichten. Ausserdem wurde ihm vorgeworfen, er provoziere absichtlich militärische Zwischenfälle mit den kommunistischen Aufständigen, um sich "unentbehrlich" zu machen. Die Amerikaner, die Khanh eine weitgehende militärische Hilfe und Beratung zugesagt haben, befinden sich jetzt in einer wenig günstigen Situation. Sie müssen einen Zweifrontenkampf führen; einmal den Kampf gegen kommunistische Interventionen aus dem Norden, zum anderen den Kampf um die Erhaltung der demokratischen Ordnung in Südvietnam. Der Rücktritt Khanh's zeigt erneut, wie fragwürdig, besonders in Südost-Asien, Versuche zur Normalisierung der politischen Verhältnisse sind, wenn von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die mit großen militärischen und finanziellen Mitteln in die Staatsverantwortung geschobenen Persönlichkeiten ein Stabilisierungsfaktor sein können. Die weitere Entwicklung an diesem Krisenpunkt der Welt ist jetzt völlig offen.

+ + +

Glosse:

Gebremste Schleichwerbung

Leichter Wirbel um verhinderte Adenauer-Sendung

sp - Heinz Kühn, Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen, hat etwas Schreckliches getan. Er protestierte dagegen, daß der WDR kurz vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen eine Adenauer-Sendung bringen wollte, in der beabsichtigt war, den früheren Oberbürgermeister von Köln zusammen mit dem Spitzenkandidaten der Kölner CDU-Stadtratsfraktion als die Prototypen des deutschen Kommunalpolitikers darzustellen. In der Wirtschaft nennt man eine solche Methode "Schleichwerbung". Das hat denn offensichtlich auch der Intendant des WDR, von Bismarck, so verstanden und dem Protest von Heinz Kühn stattgegeben. - Jetzt ist Heinz Kühn ein "Drossler der Meinungsfreiheit", ein "engstirniger Parteifunktionär" und noch vieles andere mehr. Aber merkwürdig, dieselben Zeitungen, die jetzt über Heinz Kühn und den WDR-Intendanten herfallen, haben sich vor noch nicht allzu langer Zeit ganz anders verhalten, als auf Intervention des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kiesinger, das Fernsehen kurz vor den Landtagswahlen eine Sendung abblies, in der das ungelöste Problem der Landesgrenzen in diesem Teil der Bundesrepublik dargestellt werden sollte. Herr von Bismarck hat jetzt nichts anderes getan, als jenen Beispiel zu folgen, das der CDU-Ministerpräsident Kiesinger durch seine Intervention damals gegeben hatte. Und nun ist es auch wieder nicht recht.

+ + +

Unwissenheit oder Fälschung ?

Merkwürdige Berichterstattung einer deutschen Welt-Zeitung

sp - Man sollte annehmen, daß große Zeitungen mit eigenen Korrespondenten in den meisten Hauptstädten der europäischen Staaten nicht durch falsche Behauptungen dazu beitragen, komplizierte Situationen eines mit der Bundesrepublik befreundeten Staates noch mehr zu komplizieren. Die in Hamburg erscheinende WELT behauptet in ihrer heutigen Ausgabe, die Regierung des griechischen Ministerpräsidenten Papandreu sei dem Druck der linksorientierten EDA, "die zusammen mit der Zentrums-Union des Ministerpräsidenten Papandreu die Regierung bildet", ausgesetzt. Tatsache ist zwar, daß die EDA im allgemeinen als eine Terrororganisation der in Griechenland verbotenen kommunistischen Partei gewertet wird, aber falsch ist, daß die EDA zusammen mit der Zentrums-Union die Regierung bildet. Papandreu regiert nach dem überzeugenden Wahlsieg über die rechtsgerichtete Partei des jetzt landesflüchtigen früheren Ministerpräsidenten Karamanlis ohne Koalitionspartner. Der Sieg der von Papandreu geführten Partei der demokratischen Mitte (Zentrums-Union) war so überzeugend, daß Papandreu seine Regierung ausschließlich aus Mitgliedern der Zentrums-Union bilden konnte. Seit mehreren Monaten stimmen bei fast allen Gesetzesvorlagen die rechtsorientierte BRG und die linksorientierte EDA im Parlament gegen die Zentrums-Union und damit gegen die Regierung Papandreu.

+ + +

Vor 25 Jahren - Der Weg zum Krieg (III)

Die Sprachregelungen der Reichsregierung
vor Kriegsbeginn 1939.

Aus eigenem Erleben und auf der Grundlage
von authentischem Material dargestellt

von Fritz Sänger, MGP.

22. August 1939 - Sonderkonferenz

Nachmittags eine Sonderkonferenz. Hans Fritzsche als Sprecher der Reichsregierung bittet um einen wärmeren Ton in den Kommentaren zum deutsch-sowjetischen Vertrag: Er sei keine taktische Maßnahme, sondern bedeute eine historische Wende. Lange und blunige Artikel seien abgeschmackt, wenn sie die inneren Beziehungen von Volk zu Volk feierten, aber "durch Unterlassungen und auch durch positive Meldungen" sei ja bereits eine gewisse "journalistische Vorarbeit" geleistet worden. Es sei gut, jetzt die Stellen in Hitlers "Mein Kampf" zu lesen, die von der Notwendigkeit aussenpolitischer Arbeit und von den Methoden und Prinzipien sprächen.

Im übrigen: Hauptaufmachung müsse P o l e n bleiben!

23. August 1939

Der britische Botschafter Neville Henderson war bei Hitler auf dem Obersalzberg. Das darf nur nach DNE gemeldet werden (Havas, die französische Agentur, hatte eine Meldung). Bewegungen ausländischer Diplomaten, die in Berlin akkreditiert sind, nur nach DFB. Keine Bilder, keinen Kommentar bringen. Über die Beschlüsse des britischen Kabinetts kommt keine DNE-Meldung. Über Einberufungen in England wird eine beruhigende Meldung von DFB gebracht werden. (Die Reichsregierung wünschte nicht, daß die englischen Bemühungen um eine friedliche Lösung bekannt wurden.)

An der Spitze der Zeitungen soll das Thema P o l e n bleiben. Der deutsch-sussische Pakt steht an zweiter Stelle. Der Ton der Artikel zum Pakt könne noch wärmer sein, sagte Fritzsche. Es sei hier eine grundsätzliche politische Maßnahme von ungewöhnlicher und programmatischer Bedeutung getroffen worden. Kombinationen über die Zukunft grundsätzlich unerwünscht. Die Aussenpolitik eines Landes setze nicht die Gleichförmigkeit der inneren Struktur der Partner voraus. Über die Ausschmückung des Moskauer Flugplatzes mit Hakenkreuzfahnen soll noch nicht berichtet werden.

Die bevorstehende Tannenbergsfeier und der Parteitag der NSDAP werden weiter vorbereitet. Darüber besonders gut berichten.

24. August 1939

Verpflichtung für alle Zeitungen: Die Beschieung eines deutschen Flugzeuges über Zoppot durch Polen steht an erster Stelle. Dazu Kommentarenweisung: Obwohl die Verkehrsflugzeuge über See und nicht über den Korridor flogen, dennoch keine Sicherheit. Genau so seien Eisenbahn und Auto gefährdet. Scharfe Sprache nötig. Eine Rede, die Reichsminister Dr. Frick am 23. August in Danzig-Zoppot gehalten hat, ent-

25. August 1964

hielt die einzelnen Forderungen der Reichsregierung zur Lösung der Danzigfrage und ihre Begründung. Dazu kann in Kommentaren gesagt werden, daß niemand in Deutschland einen Zweifel daran habe, daß Danzig zum Reich zurückkehren werde - wie, wann und in welcher Form, das sei eine zweite Frage (diese nicht erörtern). Die "New York Sun" meint, wenn Deutschland den Korridor in seine Forderungen einbeziehe, dann sei das nur ein Trick, denn es werde sich mit Danzig beruhigen. Dies soll dahin glossiert werden, daß Kompromisse in selbstverständlichen Fragen nicht beabsichtigt seien.

Fritzsche kritisiert, daß manche Veröffentlichungen zu Polen zu grell seien. Komperative müßten noch vorbehalten bleiben. Meldungen über polnische Terrormaßnahmen nicht in Artikel einbauen, sondern in strafbarer Reihenfolge jede für sich veröffentlichen.

Ausländische Nachrichten behaupten, der Parteitag in Nürnberg und die Tannenbergsfeier würden nicht stattfinden, "weil große Ereignisse bevorstünden". Dazu die Weisung: Die Berichterstattung über Nürnberg soll sich in nichts von der des Vorjahres unterscheiden, mit der Ausnahme, daß sie nicht zur Aufmachung herangezogen werden könne. Über Tannenberg komme noch eine Meldung mit Einzelheiten der Feiern.

Abends findet erneut eine "Besprechung" statt (soll nicht als übliche Pressekonferenz gelten). DNB meldet: Umzingelung Danzigs durch polnische Truppen. Das soll groß aufgemacht werden. Die Entwicklung habe nun, so sagt Hans Fritzsche, "unmittelbar vor den Krieg geführt". Die Verhandlungen in Danzig seien beendet. Danzig sei kein Thema für eine Konferenz. Jetzt sei die Korridorfrage aufgerollt worden, Schuld sei der polnische Terror.

Oberhaus und Unterhaus in London haben getagt. Chamberlain und Halifax haben gesprochen. Fritzsche dazu: Die Zeitungen können das zur Polemik herausgreifen, was sie wünschen. Man brauche nun nicht mehr engherzig zu sein. Wir treiben niemanden zum Kriege, vor allem nicht die Engländer, aber sie wollten von sich aus. Daß oft genug Versuche gemacht worden seien, die Fragen zu lösen, sei nicht zuletzt durch englische Halsstarrigkeit vergeblich gewesen. Wie könnten wir von einer Verpflichtung zurücktreten, die wir so oft wiederholt hätten? Halifax habe es erstaunlich gefunden, "daß die Deutschen nicht wissen, daß die Engländer immer zu ihrem Wort stehen". Das beziehe sich auf die Bereitschaft Englands zur Hilfe für Polen und könne glossiert werden. (In diese "Besprechung" hinein wird berichtet, daß Hitler nach Berlin gekommen sei und daß Ribbentrop jetzt bei ihm sei.)

In der Mittags-Pressekonferenz war als Thema neben Polen wieder der Pakt mit Moskau genannt worden. Er soll ständig heißen: "Deutsch-Russischer Konsultations- und Nichtangriffspakt". Es werden erneut Kommentierungsanweisungen gegeben, die denen der Vortage entsprechen, aber noch an Betonung der Grundsätzlichkeit zunehmen. Der Vertrag spreche eine so deutliche Sprache, wie sie in keinem internationalen Vertrag bisher zu finden sei. Es gäbe keine Hintertüren und keine Möglichkeit für die Hoffnung, daß der Vertrag keine praktische Bedeutung gewinnen werde. Man könne ein gewisses Maß von Schadenfreude gegenüber dem Westen durchblicken lassen. In vorsichtiger Form könne angedeutet werden, daß Rußland und Deutschland in der Lage seien, nun alle schwerwiegenden Fragen in Osteuropa von sich aus zu lösen, ohne daß ein anderer noch seine Zustimmung oder sein Ja-Wort geben müsse. Der Vertrag sei auf zehn Jahre abgeschlossen und verlängere sich automatisch. Das

25. August 1964

müsse überzeugend sagen, wie ernst er gemeint sei. Die Stellungnahmen sollten nun einen deutlichen Schritt weitergehen als bisher und "im eine sehr starke Nuance herzlicher sein". Über Rückwirkungen des Vertrages auf andere Länder (Japan, Türkei usw.) sollen keine Betrachtungen angestellt werden.

Von englischen Stellungnahmen keine Notiz nehmen. Vor Meldungen der Agenturen INS und UP wird gewarnt.

Noch eine dritte Konferenz, die um Mitternacht einberufen wird. Die Nervenprobe werde noch anhalten und stärker werden. Militärische Nachrichten jetzt unter allen Umständen vorlegen. Größte Sorgfalt bei Beachtung der Weisungen. In Überschriften jede Zeitangabe vermeiden. Auch "So geht es nicht weiter" und ähnliche Wendungen nicht benutzen. Eiserner Entschlossenheit Deutschlands betonen.

Tannenbergfeier wird abgesagt. Meldung kann erste Seite kommen. Sie zeige, wie ernst die Lage sei. Die Absage der Feier deute auf die Möglichkeit der Verschiebung(!) des Nürnberger Parteitages hin.

Die Zeitungen sollten volle Nachtdienste einrichten.

Wird fortgesetzt.

* * *

herausgegriffen

"Strauß über sich selbst"
Überreicht vom Presseattaché der Bundesrepublik in Bern.

sp - Freunde in der Schweiz haben uns die von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern herausgegebene und ihnen kostenlos zugestellte Broschüre "herausgegriffen" mit der Frage übermittelt, ob Strauß in der Schweiz mit Hilfe der deutschen Botschaft aufgebaut werden soll. Die Broschüre - 32 eng gedruckte Seiten DIN A 5-Format - enthält den vollen Wortlaut des vom Zweiten Deutschen Fernsehen Ende April 1964 gesendeten 70-Minuten-Interviews mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Wir teilen die Verwunderung unserer Schweizer Freunde, denn wir meinen, daß Herr Strauß genügend Publizität von sich selbst macht und daß infolgedessen der deutsche Steuerzahler nicht notwendig hätte, auch noch von seinem Geld gedruckte Broschüren über die Person des Herrn Strauß im Ausland verteilt zu sehen. Es wäre interessant zu wissen, auf welchem Etatposten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung oder des Auswärtigen Amtes Ausgaben dieser Art zu finden sind.

Nichts gegen eine gute Information über die deutsche Politik durch deutsche Botschafter. Es sollte jedoch genügend anderen Stoff geben, um das Deutschlandbild im Ausland richtig darzustellen, als mit Hilfe seiterlanger Porträts von einem Manne, der nicht unbedingt repräsentativ für die Bundesrepublik ist.